



Aufruf zur Bürgerkonferenz für Politikwandel

Engagierte Bürger für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Motivation

In diesem Jahr finden in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen Landtagswahlen statt. Aber welche Partei sollen die Bürgerinnen und Bürger wählen, wenn sie eine sozial gerechte, auf Frieden und Demokratie gerichtete Politik für unsere Länder wollen? Welche Parteien bei den letzten Wahlen auch gewählt wurden, die Politik blieb, bis auf kleine, unwesentliche Ausnahmen, stets die Gleiche. Begründet wird dies mit angeblich zwingenden, äußeren Bedingungen. Es wird behauptet, diese neoliberale Politik sei alternativlos. Es ist an der Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Willen zu einer Neuorientierung der Politik in unseren Bundesländern, zum Wohle der gesamten Bevölkerung, deutlich zum Ausdruck bringen.

Es hat sich daher, initiiert von <https://www.aufstehen-le.de>, ein Arbeitskreis aus mehreren Städten und Bundesländern gegründet, der eine Bürgerkonferenz für Politikwandel, 2019 in Leipzig organisieren und veranstalten will. Die Vorbereitungen mit Teilnehmern aus den Städten Chemnitz, Leipzig, Dresden, Plauen, Torgau, Halle/Saale und Magdeburg laufen bereits.

Weitere Informationen findet ihr in Kürze auch auf unserer Webseite (<https://www.Buergerkonferenz.com>)

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie sämtliche Bürgerinitiativen, Vereine, Interessengruppen, etc. der demokratisch engagierten Zivilgesellschaft sowie der außerparlamentarischen Opposition auf, sich an der Bürgerkonferenz inhaltlich zu beteiligen, um die drängendsten Probleme in unserer Gesellschaft zu benennen, zu analysieren und Antworten zu ihrer Lösung zu erarbeiten. Wir bitten alle Interessierten, Kontakt mit uns aufzunehmen und ihre Vorstellungen einzubringen. Über unsere Webseite oder per Mail an post@Buergerkonferenz.com.

Bitte schreibt uns Euren Namen, Wohnort, E-Mail-Adresse, welche Gruppe, Initiative oder welchen Verein ihr vertretet und am besten auch gleich noch eure Telefonnummer, damit wir Euch in die vernetzte Arbeit an dem Kongress einbinden können.

Parallel dazu rufen wir alle Aufgestandenen in sämtlichen anderen Bundesländern dazu auf, ebenfalls im gleichen Zeitraum ähnliche Bürgerkonferenzen zu veranstalten, um den bundesweiten Bürgerwillen nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit in und für unsere Gesellschaft klar zu artikulieren und gemeinsame konstruktive, demokratische Forderungen an Landes- und Bundespolitik zu formulieren.

aufstehen
DIE BÜRGERKONFERENZ 2019
WIR BILDEN ZUKUNFT.



Ablauf und Inhalt

Themengebiete

Die zweitägige Konferenz wird sich voraussichtlich mit folgenden Themen beschäftigen:

Außenpolitik/Friedenspolitik, Staats- und Gesellschaftspolitik, Wirtschafts-, Finanzpolitik und Sozialpolitik, Umweltpolitik, Medienpolitik, Kulturpolitik.

Ablauf/Tagesordnung

Die Tagesordnung schlagen wir aktuell wie folgt vor:

Erster Konferenztag

Nach Eröffnung, Vorstellung der Themenbereiche und der Zielstellung der Bürgerkonferenz sollen Fachleute Impulsreferate zu einzelnen Themenschwerpunkten halten. Anschließend konstituieren sich Diskussions- und Arbeitsgruppen zu den beschlossenen Themenschwerpunkten, bzw. wenn gewünscht und notwendig, zu speziellen Unterschwerpunkten. Aufgabe dieser Gruppen: Analyse der Probleme und ihrer Ursachen sowie die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen.

Zweiter Konferenztag

Am zweiten Konferenztag werden die Problem- und Ursachendefinitionen sowie die erarbeiteten Lösungsvorschläge im Plenum vorgestellt und zur Abstimmung gebracht. Danach wird die zu verabschiedende Resolution der Bürgerkonferenz erarbeitet und in Form eines Forderungskatalogs an die in Verantwortung stehenden Entscheidungsträger aller politischen Parteien und aller Verfassungsorgane übergeben, mit der Aufforderung, zu unserem demokratisch erklärten Bürgerwillen konstruktiv Stellung zu nehmen.

Abschließend wird sich die „Ständige Bürgerkonferenz“ konstituieren, als dauerhafte Stimme der demokratischen Bürgerschaft, für Politikwandel in unserem Staat.

Uns ist durchaus bewusst, dass dieses ambitionierte Projekt nur dann Realität werden kann, wenn wir alle zusammenstehen und uns alle gemeinsam, unüberhörbar und konstruktiv für einen weitreichenden Politikwandel einsetzen. Deshalb rechnen wir fest mit Eurer Hilfe, Unterstützung und Teilnahme.

Eure Initiativgruppe Bürgerkonferenz 2019

Spenden

Zur Vorbereitung und Organisation sind wir auf eure Mithilfe angewiesen. Um die Teilnahmegebühren so gering wie möglich zu halten und die Idee der Bürgerkonferenz so vielen Menschen wie möglich nahe zu bringen, benötigen wir finanzielle Mittel auch für effektive Werbekampagnen.

Spenden zur Finanzierung der Bürgerkonferenz nehmen wir gerne gegen Spendenquittung entgegen:

Webseite:	www.buergerkonferenz.com	E-Mail:	post@buergerkonferenz.com
Fax:	+49 (0) 34297 158397	Post:	Postfach 301124, 04251 Leipzig
Kontoinhaber:	WIBP e.V.	Konto:	DE69 8505 0300 0221 0751 51 (BIC: OSDDDE81XXX, Ostsächsische Sparkasse Dresden)
Verwendungszweck:	Bürgerkonferenz	V.i.S.d.P.	WIBP e.V. VR 7733



Übersicht Themengebiete

Hier findet Ihr erste Vorschläge zu den Inhalten der Themengebiete und Arbeitsthesen.

➤ Außenpolitik/Friedenspolitik:

Die Außenpolitik Deutschlands muss laut Grundgesetz auf das friedliche Zusammenleben aller Völker gerichtet sein. Wir wollen uns wieder dem Prinzip zuwenden, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Das Einmischen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten („Regime Changes“), das Ausüben militärischen und politischen Drucks auf andere Staaten, das Verhängen wirtschaftlicher Sanktionen sowie das Schüren innerer Konflikte in anderen Staaten müssen der Vergangenheit angehören. Die Statuten der Vereinten Nationen, insbesondere die Rolle des Weltsicherheitsrates bei der Lösung von Konflikten, müssen auch von Deutschland wieder anerkannt und verteidigt werden. Alle Konflikte zwischen den Staaten müssen friedlich geregelt werden, dies muss der Leitfaden jeglicher deutscher Regierungspolitik sein. Deutschland soll sich für würdevolles, gerechtes Miteinander in der Europäischen Union einsetzen.

Auswahl an Thesen, Forderungen und Fragen zur Diskussion:

- Sofortige Beendigung aller deutschen militärischen Auslandseinsätze und Verbot zukünftiger Einsätze.
- Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der Russischen Föderation, Regelung der Beziehungen auf der Grundlage von gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.
- Einstellung sämtlicher verfassungs- und völkerrechtswidriger Akte gegenüber souveräner Staaten wie Afghanistan, Irak, Syrien, Venezuela und anderen.
- Deutschland muss atomwaffenfrei werden.
- Kündigung des Truppenstationierungsvertrages mit den USA und finaler Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland.
- Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika muss auf der Grundlage von gegenseitiger Achtung und Nichteinmischung neu geregelt werden.
- Deutschland sollte bei der Lösung der Konflikte in Europa (Ukraine, Kosovo) als wirklich neutraler Vermittler auftreten und die einseitige Unterstützung nationalistischer Kräfte sofort beenden.
- Deutschland sollte alle Rüstungsexporte beenden.
- Strenge Unterordnung der NATO unter geltende völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Bestimmungen. Beschränkung aller Aktivitäten auf das Territorium der NATO.
- ...

➤ Staats- und Gesellschaftspolitik:

Die Politik in Deutschland muss darauf gerichtet sein, dass alle Bürger Deutschlands ihre verfassungsmäßigen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können. Dabei muss die vollständige Akzeptanz und Durchsetzung des Grundgesetzes in parlamentarischer Politik, Justiz und Massenmedien Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der verfassungsgemäßen Ordnung in Deutschland sein. In der Parteienlandschaft muss sich die Meinung aller Bürger widerspiegeln können. Alle Bürger Deutschlands müssen gleiche Bedingungen für ihre Entwicklung vorfinden. Die föderale Struktur Deutschlands sollte auf den Prüfstand gestellt werden.

Auswahl an Thesen, Forderungen und Fragen zur Diskussion:

- Ausweitung demokratischer Mitbestimmung durch Einführung bundesweiter Volksentscheide einschließlich solcher, welche europäische Beschlüsse betreffen, und Erleichterung von Volksentscheiden auf Landesebene.
- Überprüfbarkeit und Ahndung parlamentarischer Entscheidungen. Neustrukturierung des parlamentarischen Systems, z.B. Aufhebung des Fraktionszwangs, Aufwertung der Kommissionen im Sinne einer Rätestruktur.



- Die Bildungspolitik sollte in Deutschland bundesweit vereinheitlicht werden. Die Bildung unserer Bürger muss unsere Zukunft sichern können.
- Alle Bereiche, die einen für ein demokratisches und soziales Staatswesen elementaren Versorgungsauftrag darstellen, müssen durch staatliche Institutionen organisiert und aus der Logik der reinen Wirtschaftlichkeit herausgelöst werden (Bildung, Kommunikation, Medien, soziale Versorgungssysteme, Verkehr).
- Ein offener, öffentlicher, demokratisch-politischer, aber vor allem: diffamierungsfreier Diskurs sollte in Deutschland wieder gewährleistet werden. Differenzierte Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung müssen sich in der Politik wieder widerspiegeln können.
- Die Trennung von Staat und Religion ist mit allen Konsequenzen (Kirchensteuer, Schulen, etc.) durchzusetzen. Alle Religionen sollten frei ausübbar sein, es dürfen aber andere Bürger nicht in ihrer Meinungsbildung behindert werden.
- Der politische Einfluss von wirtschaftlichen und politischen Lobbyorganisationen, pro-trans-atlantischen Gesellschaften, nicht demokratisch legitimierten politischen Klubs, Verbindungen, Stiftungen und NGO's sollte eingeschränkt werden und nur auf völlig transparenter Basis erfolgen. Deshalb sollten gewählte Parlamentarier nicht gleichzeitig Mitglied in solchen demokratisch nicht legitimierten Lobbyorganisationen sein dürfen. Wir fordern ein Zutrittsverbot solcher Lobbyorganisationen in parlamentarischen Einrichtungen.
- Ist die Unabhängigkeit der Justiz gegeben, wenn Staatsanwälte nicht frei in ihren Entscheidungen agieren dürfen, bzw. gegenüber den Justizministerien weisungsgebunden sind?
- Kann z.B. der Generalbundesanwalt noch als unabhängig betrachtet werden, wenn er, wie geschehen, jegliche Klagen gegen völkerrechts- und verfassungswidrige Kriege der BRD (z.B. Jugoslawienkrieg, Bundeswehreininsatz in Syrien) rigoros ablehnt? Sollten politisch Verantwortliche nicht eigentlich, wie im Grundgesetz festgeschrieben, für verfassungswidrige Entscheidungen oder Strafvereitelungen bestraft werden?
- ...

➤ Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik:

Die Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik muss den Interessen der Bürger dienen. Nicht die Menschen sind dazu da, der Wirtschaft zu dienen, sondern umgekehrt. Die Wirtschaft ist nicht dazu da, einzelnen Gruppen zu Reichtum zu verhelfen. Um den sozialen Frieden in Deutschland zu erhalten, muss unverzüglich begonnen werden, die Kluft zwischen Arm und Reich spürbar und nachhaltig zu verringern. Alle Bürger haben ein Recht auf Arbeit. Mit dieser Arbeit müssen sie einen Lohn erzielen mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich durch den wissenschaftlichen Fortschritt die Art der Arbeitsplätze und die Anforderungen an die Arbeitenden massiv verändern werden. Wir brauchen zukunftssichere Konzepte, die auch der Modernisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, bzw. der zunehmenden Automatisierung in der Produktion Rechnung tragen.

Auswahl an Thesen, Forderungen und Fragen zur Diskussion:

- Ersatz des bisherigen Hartz-IV-Systems durch ein Grundsicherungssystem ohne Zwangsmaßnahmen, in dem alle ein ausreichendes Einkommen zur Verfügung haben.
- Es darf keine Kinderarmut geben. Finanzielle Absicherung aller Kinder in Deutschland. Sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Gleiche Bildungschancen für alle!
- Gerechter Umbau unseres Steuersystems. Alle Arten von Einkommen der Bürger müssen versteuert werden.
- Deutsche Bürger müssen in Deutschland auf ihre Einkommen Steuern zahlen, wenn sie ihre Staatsbürgerschaft in Deutschland behalten wollen.
- Alle Firmen müssen ihren Gewinn, den sie in Deutschland erzielen, auch in Deutschland versteuern. Die Firmen zahlen die Steuern nicht am Firmensitz sondern an den Staat der sie gerecht auf Länder und Kommunen verteilt. Die Regeln zur Gewinnermittlung sind dabei grundlegend zu überarbeiten! Die Besteuerung wird von der Zahl der im Inland Beschäftigten abhängig gemacht.
- Die Krankenkassen werden in eine Bürgerversicherung umgewandelt, in die alle Bürger einzahlen, auch Selbstständige, Manager, Politiker und Beamte. Jegliche Beitragsbemessungsgrenzen fallen weg.
- Jedem Bürger steht die gleiche Behandlung im Krankheitsfalle zu.



- Alle Bürger, auch Selbstständige, Manager, Politiker und Beamte, zahlen in eine Rentenkasse ein. Jegliche Beitragsbemessungsgrenzen fallen weg.
- Leih- und Zeitarbeit werden grundsätzlich verboten.
- Es gilt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für alle in Deutschland Arbeitenden. Insbesondere muss die Gleichbehandlung von Frauen und Männern endlich durchgesetzt werden.
- Banken sind für den reibungslosen Fluss des Geldverkehrs, für das Geben von Krediten als Grundlage für das Funktionieren der Wirtschaft zuständig. Das Wetten auf fallende oder steigende Kurse und ähnliche Machenschaften wird verboten.
- Die Manager in Konzernen und Banken bekommen ein festes Gehalt wie jeder andere Bürger auch, das Zahlen von Boni entfällt.
- Alle dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen und Infrastrukturen (Wasserwerke, Energiewerke, Internet, Bahn, Krankenkassen usw.) sind nicht zu privatisieren und müssen im Eigentum und unter vollständiger Kontrolle der Allgemeinheit bleiben bzw. dorthin zurück geführt werden.
- ...

➤ **Umweltpolitik**

Wir erleben gegenwärtig die Zuspitzung mehrerer parallel verlaufender krisenhafter Entwicklungen. Neben dem sich immer deutlicher abzeichnenden Klimawandel und einem sich verschärfenden Artensterben kommt es, durch die unserer Wirtschaftsweise innewohnende Wegwerfmentalität und Verschwendung, zu einer zunehmender Verschmutzung der Ökosysteme und einer wachsenden Konkurrenz um die verbleibenden Ressourcen, die immer wieder und voraussichtlich immer mehr zu Konflikten und Kriegen führt. Es werden Produkte in die Umwelt eingebracht, die kaum beherrschbare Folgeschäden hervorrufen. Die Umweltpolitik Deutschlands muss auf Nachhaltigkeit, Artenvielfalt und Schutz aller Ökosysteme ausgerichtet sein. Bereits vorhandene Gesetze und Richtlinien müssen konsequent eingehalten und durchgesetzt werden.

Auswahl an Thesen, Forderungen und Fragen zur Diskussion:

- Günstiger/kostenloser ÖPNV, Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen.
- Ausstieg aus den pauschalen Flächensubventionen in der Landwirtschaft, Kappung bzw. Festlegung einer Obergrenze.
- Verlagerung der Mittel in der Landwirtschaft von der ersten Fördersäule in die zweite, zielgerichtet zur Förderung von Tierwohl-, Umwelt- und Klimaschutzleistungen.
- EU-Gesetze zum Vernetzen von Ökosystemen durchsetzen.
- Gewässerschutzrichtlinien durchsetzen.
- Einschränkung von Plastikverpackungen und Förderung von alternativen Verpackungsmaterialien.
- Tierschutzgesetze in der Massentierhaltung durchsetzen.
- Eindeutige Bezeichnung aller Lebensmittel hinsichtlich ihrer Produktionsweise und gesundheitlich relevanter Inhaltsstoffe, insbesondere auch von Zucker.
- Tiertransporte einschränken.
- Alternativen zu Palmöl finden und fördern.
- Umweltverträgliche Technologien in allen Bereichen (Verkehr, Energie usw.) fördern, umweltschädliche Technologien steuerlich stark belasten.
- ...

➤ **Medienpolitik**

Medien sollen in Deutschland laut Gesetz unabhängig sein. Sie sind nicht der verlängerte Arm der Regierungspolitik. Öffentlich-rechtliche Medien sollen die Meinungsvielfalt der deutschen Bürger widerspiegeln. Es darf kein Meinungsmonopol durch Besitz oder politische Macht in der Medienlandschaft geben.



Auswahl an Thesen, Forderungen und Fragen zur Diskussion:

- Ist es mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn die absolute Mehrheit der Massenmedien in der BRD massiv und dauerhaft Kriegsrhetorik gegen die russische Föderation betreiben, völlig kritiklos NATO-Propaganda verbreiten sowie politisch Andersdenkende diffamieren und kriminalisieren? Wie kann erreicht werden, dass die Verfassungsgrundsätze von Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit, so wie sie individuell gewährleistet sind, adäquat in den Massenmedien umgesetzt werden?
- Werden die Massenmedien, insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR), noch ihrer Rolle als „4. Säule der Demokratie“ gerecht, wenn sie u.a. Regierungs- und NATO-Politik nicht kritisch hinterfragen, wenn sie statt umfassend zu informieren, selbst massiv Meinungsmanipulation und Politikbeeinflussung betreiben? Inwieweit ist eine solche Art der Berichterstattung als Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze sowie den Programmauftrag laut Rundfunkstaatsvertrag zu werten und in der Folge womöglich demokratie- und friedensgefährdend? Warum sehen die Rundfunkstaatsverträge keine Sanktionsmöglichkeiten gegen solch einen ideologischen Missbrauch des ÖRR vor? Warum ignoriert der Gesetzgeber seit Jahrzehnten das 6. „Rundfunkurteil“ des Bundesverfassungsgerichts, zur gesetzlichen Durchsetzung von Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit im ÖRR?
- Journalisten dürfen wie Politiker nicht gleichzeitig Mitglied in politischen Interessengruppen oder ideologisch ausgerichteten Netzwerken sein.
- ...

➤ Kulturpolitik

Die Kunst ist nicht nur das Wasser des Lebens, sondern Lebenselixier für eine gelingende Demokratie. Kunst und Kultur sind als Pflichtaufgaben im Grundgesetz zu verankern. Flächendeckend ist eine Landschaft von Institutionen mit Bildungsauftrag und festen Anstellungen zu schaffen. Dabei ist ein existenzsicherndes Einkommen für Künstler und Künstlerinnen mit Tätigkeitsnachweis zu sichern. Die Einrichtung eines Kulturfonds ist zwingend notwendig.

Auswahl an Thesen, Forderungen und Fragen zur Diskussion:

- Die Unterstützung der Kulturträger, auch der „freien“, muss in Deutschland neu geregelt werden. An den tatsächlichen Bedürfnissen ausgerichtete Förderinstrumente müssen geschaffen werden.
- Öffentliche Aufträge niemals ohne einen % künstlerischen Anteil.
- Erhalt und Schaffung kultureller Einrichtungen nur ohne ehrenamtliche Beschäftigte, sondern Ersetzen des Ehrenamtes durch feste Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen. Flächendeckend ist eine Landschaft von Institutionen mit Bildungsauftrag und festen Anstellungen zu schaffen.
- Gebührenordnungen und Vergütungs- und Honorarrichtlinien, wie sie in anderen Berufsständen wie Ärzten und Rechtsanwälten seit langem akzeptiert und gesetzlich verankert sind. Existenzsicherndes Einkommen für Künstler und Künstlerinnen mit Tätigkeitsnachweis.
- Grundsätzliche Abschaffung von Mini- und Midijobs.
- Barrierefreier Zugang zu Künstlersozialkasse (unabhängig von der Höhe des Einkommens).
- Adäquate Renten- und Versorgungsansprüche im Alter, die nicht an die aktuelle Höhe des Erwerbseinkommens geknüpft werden.
- Kostenfreiheit in Bildung/Ausbildung und Kunst.
- Der Widerspruch zwischen Festangestellten und prekär selbstständig Beschäftigten Künstlern ist zu lösen. Entweder alle in Festanstellung oder niemand.
- ...